

# Es fehlen 1000 Buden

## ASTa-Mietaktion auf dem Husemannplatz



### Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

## Kestings Rache

Zwei Semester lang haben nun schon etwa 100 Studentinnen und Studenten der Abteilung für Sozialwissenschaften ihre Zwischenprüfung nach der neuen Prüfungsordnung abgelegt — doch was sie dafür erhielten, war statt eines Zwischenprüfungszeugnisses eine Bescheinigung, mit der sie nichts anfangen können.

Da statt einer richtigen Prüfung im letzten Jahr nur noch fünf qualifizierte Leistungsscheine zur Zwischenprüfung vorgelegt werden mußten, glaubten die Herren vom Prüfungsamt der Abteilung 8, diese ihrer Meinung nach qualitative Verschlechterung der Prüfung auch für alle juristisch und optisch darstellen zu müssen. Die reaktionären Herren Papalekas, Kesting und Co. tüftelten daher als „Zwischenprüfungszeugnis“ folgendes aus: „Es wird bestätigt, daß... (Name)... nach dem Erwerb der nachstehend aufgeführten Leistungsnachweise die Voraussetzungen für die Zulassung zum Hauptstudium erfüllt hat.“ Diese Formulierung wurde gewählt, obwohl nach § 10 der z. Z. geltenden Diplomprüfungsordnung bei bestandener Zwischenprüfung ein Zwischenprüfungszeugnis auszustellen ist; bei einer Bescheinigung mit obigem Text handelt es sich aber — juristisch eindeutig — um kein Zwischenprüfungszeugnis. Diese Bescheinigung mag zwar vielleicht in Bochum als Voraussetzung für die Diplomprüfung anerkannt werden; eine andere Universität wird dieses Stück Papier allerdings nicht als Zwischenprüfungszeugnis anerkennen können.

Obwohl der Wortlaut der Bescheinigung eindeutig gegen die Bestimmungen der Prüfungsordnung

verstößt, glaubt Herr Kesting (Vorsitzender des Prüfungsamtes) sich wegen dieses Betruges nicht weiter rechtfertigen zu müssen. Es handelt sich hierbei schließlich nicht um die ersten Verstöße gegen die von den Studentinnen und Studenten erkämpfte Zwischenprüfungsregelung: Herr Kesting hatte ja eigentlich auch schon statt der Scheine über die Leistungsnachweise die Referate und Klausuren selbst haben wollen (wozu dann noch die Scheine?).

Da auch der Justitiar der Universität, Herr Assessor Maruhn, der Meinung ist, daß die von Herrn Kesting ausgestellte Bescheinigung kein Zwischenprüfungszeugnis ist, teilt der Rektor dem Prüfungsamt diese Auffassung mit und bittet um Klärung der Angelegenheit.

Diese „Angelegenheit“ sollte jetzt allerdings nicht nur auf bürokratischem Weg gelöst werden, vor allem weil es sich hierbei nur um ein Symptom der von Reaktion triebenden Abteilung für Sozialwissenschaften handelt.

Alle betroffenen Studentinnen und Studenten werden daher gebeten, sich mit dem ASTa in Verbindung zu setzen zur Planung und Koordinierung des weiteren Vorgehens.

Macht Kesting die Hölle heiß!!!  
ee

Unmittelbar vor Semesterbeginn kam es zu einer in Bochum beispiellosen Verschärfung der Wohnungsnot für Hunderte von Studenten. Für etwa jeden 13. Bochumer Kommilitonen — davon zahlreiche Erstsemester, die trotz verschärfter Zulassungsbestimmung eine Studiengenehmigung erhalten hatten — stellte sich das Studium an unserer Universität in Frage. Welches zentrale Bedeutung das Wohnungsproblem für uns auch zukünftig haben wird, zeigt ein Beschluß der Uni Frankfurt, nur die Studenten zuzulassen, die einen Wohnungsnachweis erbringen können.

Ferner sahen sich andere Kommilitonen, die im Ruhrgebiet ihr Zuhause haben, aufgrund der Wohnverhältnisse nicht in der Lage, aus der familiären Abhängigkeit auszubrechen und ein Zimmer außerhalb des elterlichen Haushalts zu beziehen.

Im ASTa-Aktionsprogramm (siehe BSZ Nr. 65), findet die Lage auf dem Wohnsektor besondere Beachtung, da sie „... eine dauernde soziale Unterdrückung und Abhängigkeit der Studierenden (bewirkt).“ Daher veranlaßte diese verschärfte Situation den ASTa zum spektakulären Auftakt einer Wohnkampagne.

Man war auch der Meinung, hier die Möglichkeit zum Einstieg in die allgemeine Diskussion der Wohnverhältnisse und der Wohnpolitik in unserem Staat zu haben, da „die Lage auf dem Wohnungsmarkt kein spezifisch studentisches Problem ist und (daß) die Studenten nicht ständisch-elitär Vorrang vor anderen sozial schwachen Schichten verlangen können“ (ASTa-Aktionsprogramm).

### Ziel der Aktion

war, einmal kurzfristig die Bemühungen der Zimmervermittlung des Studentenwerks zu unterstützen, der anstürmenden zimmerlosen Studenten Herr zu werden. Dies sollte erreicht werden:

1. durch eine Förderung der Bereitschaft des privaten Wohnungs-

markts, Zimmer an Studenten zu vermieten; und  
2. durch die Ausübung eines gewissen Drucks auf die Stadtverwaltung, endlich die leerstehenden Wohnungen an Studenten zu vermieten.

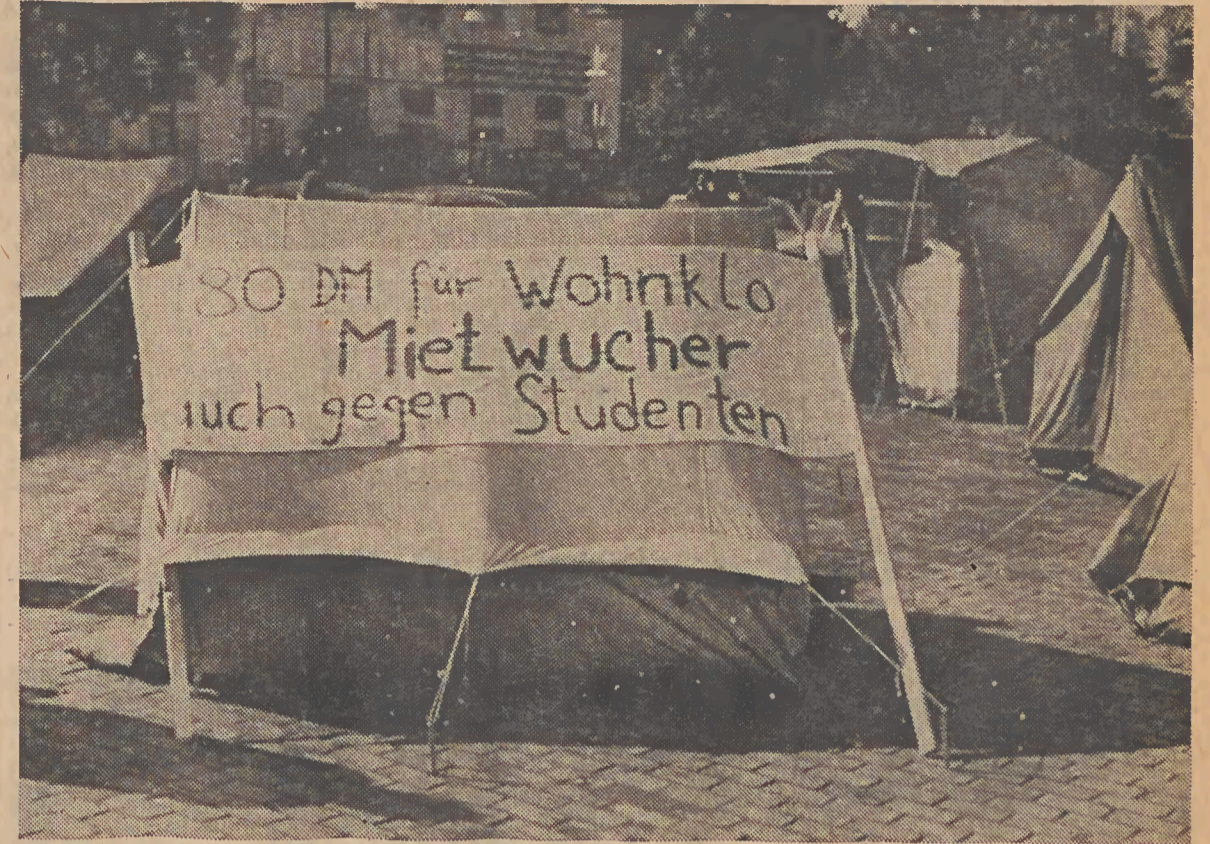
Ferner sollte die Öffentlichkeit über den völlig unzureichenden Wohnneubau aufgeklärt werden, um so die Landesregierung zu einer beschleunigten Erstellung der 28 000 Wohnheimplätze für Studenten bis 1975 (siehe NRW-Programm 1975, Punkt 4.65) zu bewegen.

Neben dieser, sich auf die speziell studentische Wohnungsnot richtende Zielsetzung sollte durch die Aktion auch und besonders die Verbindung zur allgemeinen Wohn-

situation geknüpft werden. Durch das direkte Ansprechen anderer von der Wohnungsnot betroffener Bevölkerungskreise sollte die von einigen Presseorganen verschwiegene Tatsache herausgestellt werden, daß es hier nicht um ein studentisches Problem geht, und daß nur durch ein solidarisches Zusammengehen aller Betroffenen eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse möglich ist.

### Vorläufige Ergebnisse:

Die ganze Aktion krankte an zwei grundsätzlichen Mängeln: zum Fortsetzung auf Seite 2



### Letzte Meldung:

Als Nachfolger von J. Riesenbeck wurde am Dienstag Robert Farle (SPARTAKUS) vom SP in den ASTa gewählt.

## Uni total überfüllt

Die Welle der Studienbewerber überrollt weiterhin die Universitäten. Besonders die naturwissenschaftlichen Fächer neben Wirtschaftswissenschaft und Jura werden mehr und mehr verstopft. Die medizinischen Fächer, Pharmazie, Psychologie, Maschinenbau und konstruktiver Ingenieurbau, sind an allen Universitäten durch einen Numerus clausus direkt verschlossen. An der RUB hatten weitere Fachrichtungen, E-Technik, Mathematik, Physik, Chemie (etc.?) einen NC vorgesehen und z. T. beantragt. Die verstärkte Einrichtung des NC war die Tendenz an den meisten Hochschulen Nordrhein-Westfalens. Dennoch hat das Kultusministerium dieser Tendenz nicht stattgegeben, und das, obwohl für jeden abzusehen war, daß der Ansturm der Studienbewerber die geschätzten Kapazitäten weit überschritt. Statt dessen wurden für alle Fächer mit Kapazitätsengpässen ein Voranmeldetermin festgesetzt. Nach den Voranmeldungen sollten die Landes-Clearing-Stellen die Bewerber auf die einzelnen Universitäten verteilen. Das Clearing-Verfahren ist gescheitert. Die Hochschulen arbeiten gegeneinander (jede Abteilung manipuliert ihre Kapazitätsangaben, um ihre „Stuben möglichst reinzuhalten“. Meist wurden gar keine exakten Kapazitätsberechnungen erstellt; jede Universität versucht, die Bewerber auf andere Uni's abzulenken.). Die Studienbewerber machen das trübe Spiel nicht mit und melden sich durchschnittlich an vier Hochschulen an, um sicher zu sein, an einer Hochschule einen Studienplatz zu bekommen.

Schon mittels der Voranmelderfrist wurden Bewerber abgewimmelt. So informierte das Mathematische Institut, daß der „Anmelde-schluß für Studienbewerber der 31. Juli 70“ sei. Man unterließ es offensichtlich, daß die Voranmelderfrist keine Ausschlussfrist war und sich jeder Bewerber weiterhin immatrikulieren konnte. Ebenso ver-

sandte das Mathematische Institut eine Pressemitteilung (in der u. a. die Zahl der angemeldeten Neuanfänger überhöht angegeben wird), in der darauf hingewiesen wird, daß in Aachen, Bielefeld und Dortmund noch Plätze frei seien und daß man doch woanders studieren solle. So schickte das Sekretariat 30 Bewerber nach Bielefeld, wo noch 25 Studienplätze frei waren. Doch diese Studienplätze waren schon längst belegt. Vielleicht sind die Kommilitonen gleich nach Braunschweig und Bremen weitergereist, um auch dort einmal an die Tür zu klopfen.

Zur gleichen Zeit verschickte die Universität Köln Abwimmelbriefe an alle Mathematikbewerber, ebenso mit dem Hinweis, nach Bielefeld zu gehen. Das Resultat ist, daß die Kapazität in Köln bisher nur zu 60 Prozent ausgelastet ist.

Für Elektrotechnik wurde die Kapazität mit 180 angegeben. Dem standen 282 Voranmeldungen gegenüber. Bisher haben sich nur 141 Studenten immatrikuliert. Obwohl der Numerus Clausus vom Kultusministerium abgelehnt wurde, gab es Ende September den Erlaß heraus, daß die RUB nur so viele Studenten aufzunehmen brauche, wie sie sie in ihrer Kapazitätsberechnung zugrunde gelegt habe. So wird der Numerus Clausus durch eine Hintertür eingeschleust. Offiziell existiert er natürlich nicht. Zudem scheinen gerade im Fach E-technik einige obskure Dinge gelaufen zu sein, was die Zulassung und Abweisung der Bewerber angeht. Der ASTa versucht, durch Kontaktaufnahme mit anderen Unis und den Bewerbern die Verfahrensweise der Kultus- und Hochschulbürokratie aufzudecken.

Alles wurde versucht, die Bewerber von der RUB fernzuhalten. Schließlich verschickte der Rektor an alle einen Abwimmelbrief, in dem auf die Engpässe hingewiesen wird und den Bewerbern „dringend abgeraten“ wird, das Studium an der RUB aufzunehmen.

Doch allzu viel hat auch das nicht genützt. Einige Fächer sind über-voll, z. B. Wirtschaftswissenschaften:

212 Kap. — 533 Neumatrik.;
Mathematik: 400 — 581;
Physik: 150 — 234;
Chemie: 170 — 217 etc.

Das Rektorat teilte uns mit, daß es versuchen werde, das Problem zu bewältigen. Wir werden genau hinsehen müssen, wie es dieses Problem bewältigen wird: Etwa Einrichtung eines Numerus Clausus im laufenden Semester, Herr Rektor? Etwa Zurückstellung der Studenten bis zum nächsten Semester? Etwa Tag- und Nachtschicht an den Laborplätzen?

Das Vorgehen der Kultusbürokratie und ihrer Funktionäre in der Universität hat diese Überfüllung, diese zum Teil unerträglichen Studienbedingungen herbeigeführt, und zwar bewußt. Sie haben den Numerus Clausus so gut es ging vermieden und stellen es als ihr gutes, freundschaftliches Bemühen hin. Tatsache ist, daß auch sie wußten, daß diese zum Teil chaotische Situation entstehen würde.

Welchen Sinn hat also ihr Vorgehen? Einige Herren, wie unser Rektor, geben die Hinweise selbst. Rektor Faillard meinte, man müsse beim KuMi, was das nächste Semester betrifft, „energisch für geeignete Maßnahmen eintreten“. Herr Nelles, Referent für akademische und studentische Angelegenheiten, spricht von dem totalen Zulassungstopp für die Engpaß-fächer in der allernächsten Zeit.

Die Tatsache, daß die Universität für eine große Zahl von Bewerbern zugemacht wird, geht eindeutig auf Kosten der Unternehmer. Ihre Profitinteressen bestimmen den Staatshaushalt und deshalb das Übergewicht des Rüstungsetats. Denn die Investitionen in die Rüstungswirtschaft garantieren die hohen und dauernden Profite und nicht die Bildungsinvestitionen. Und sie werden bedingungslos für die Erhaltung ihrer Profite kämpfen, d. h. für die Erhaltung des hohen Rüstungsetats.

Der Interessenvertreter der Unternehmer, der bürgerliche Staat, hat durch die Kultus- und Hochschulbürokratie diese Überfüllung und diese unerträglichen Studienbedingungen bewußt provoziert und wird es weiter tun, um in Teilen der Studentenschaft der Stimmung vorzubereiten, daß der totale Zulassungstopp eine unbedingt notwendige und in ihrem Interesse stehende und doch „vernünftige“ Regelung sei. Und so wird das Hochschulrahmengesetz vorbereitet. Dieses sieht die Einrichtung

### INHALT:

Zur Lehrerbildung	S. 2
Vietnam — und noch kein Ende	S. 3
Habilitations-„ordnung“ in Abt. VIII	S. 4
Kriegsdienstverweigerung	S. 4



einer Bundesoberbehörde beim Minister für Wissenschaft und Bildung vor, an die sich alle Studienbewerber mit ihren Absichten in bezug auf Studienfach und Studienort wenden müssen. Von dort bekommen sie — wenn möglich — einen Studienplatz zugeteilt, und zwar im Rahmen der Gesamthochschule, d. h. hier wird je nach Bedarf von Wirtschaft und Staatsverwaltung bestimmt, wer auf die Fachhochschule, wer auf die PH und wer auf die Universität gehen darf. Diese zunehmende Zentralisierung aller politischen Entscheidungen im Ausbildungssektor durch das HschRG müssen wir verstehen als ein Moment in der Herausbildung des „starken Staates“, der allein in der Lage ist, „energisch an das Problem heranzugehen“ auf Kosten der Schüler und Studenten. Eine solche Regelung werden wir uns nicht gefallen lassen.

## Jagd auf Tramper

90 Pf kostet eine Busfahrt vom Bahnhof zur Uni. Dabei sind die Busse vollkommen überbelegt und haben laufend Verspätung. Doch die „BOGESTRA“ (die Bochumer Verkehrsgesellschaft) tut alles, um den Trampern das Leben zu versauern. Schließlich geht es ja um den liebgewonnenen Profit! So stehen jetzt überall da, wo man gut hirsch-hiken kann, Halteschilder — und nicht nur das: seit einiger Zeit stehen auch unauffällig Polizeiwagen in der Nähe und schreiben jeden auf, der hält. Klar, daß sich viele weigern, zu halten, wenn einem 20 DM Strafe drohen!

In Anbetracht dieser prekären Situation wird der ASTa in den nächsten Tagen zur Tat schreiten, und an einer günstigen Stelle, die noch bekanntgegeben wird, Schilder aufstellen mit den gängigen Zielen: Marktstraße und Stadtmitte. Man wird sehen, wie die Polizei und die „BOGESTRA“ reagieren. Nochmals ein Appell an alle Autofahrer: Haltet an und nehmt mit; besonders bei dem miesen Herbstwetter. So unterstützt ihr auch den Kampf gegen die Wucherpreise der „BOGESTRA“.

Und noch was: es gibt da einige Zivilstreifen (!) auf der Unistraße, die alle zu schnellen Wagen (über 70 km/h) stellen. Obwohl auf der Unistraße, die breiter ist als die Autobahn, kaum Unfälle passieren, setzt man eine ganze Kolonne von Fahrzeugen ein, um auf diese Weise die Kasse ein wenig aufzubessern! Die Angelegenheit ist auch rechtlich zweifelhaft, da solche Zivilstreifen nur auf besonders gefährdeten Straßen eingesetzt werden dürfen.



# JUNGE GARDE: Zur Reform der Lehrerausbildung

In der Bildungsplanung der Staatsbürokratie taucht als ein Zentrum in den in absehbarer Zeit durchzuführenden Maßnahmen immer wieder die „Reform“ der Lehrerausbildung auf. Erst in der letzten Woche konnte man in den Zeitungen etwas über die „grundlegende Reform der Lehrerausbildung“ erfahren, auf die sich die Kultusminister in einer Rahmenvereinbarung während der Plenarsitzung der KMK geeinigt haben. Es ist deshalb notwendig, aus sämtlichen Plänen zur technokratischen Hochschulreform (NRW-HSchG, NRW-Programm 75, Hochschulrahmengesetz und KMK-Rahmenvereinbarung) die Gründe und Zielvorstellungen herauszuarbeiten, die erklären, warum die Reform der Lehrerausbildung eine der wichtigsten Teilaßnahmen ist.

Die Situation, die die „Reformer“ und Planer an den deutschen Universitäten vorfinden ist folgende: Die Abiturientenlawine, die mit viel Aufwand und Mühen in Gang gesetzt wurde, überrollt jetzt die Universitäten. Schon heute sind an sämtlichen Universitäten die Kapazitäten voll ausgenutzt, in den meisten Fächern schon weit überschritten. Die Folgen — NC, unmögliche Arbeitsbedingungen etc. — sind allgemein bekannt. Die zentrale Clearingstelle in NRW versagte und zwar zum Teil durch bewußten Boykott der Hochschulen („falsche Kapazitätsangaben, Abwimmelpapiere“ etc.). Man kann sich kaum des Eindrucks erwehren, daß hier die Ab-

sten, der jetzt noch an den Universitäten studierenden Lehramtskandidaten in nächster Zeit stufenweise Ausgliederung an die um benannten PH's. Zuerst werden die Realschullehrer (jetzt Lehrer der Sekundarstufe I) davon betroffen. „Schon in der ersten Aufbauphase werden die neuen Universitäten auch Realschullehrer ausbilden“ (NRW-Programm 75).  
Allein die Herausnahme der Realschullehrerbildung aus der Universität würde z. B. für die RUB eine Entlastung um 10 Prozent bedeuten. In einem weiteren Schritt werden dann auch „in der Endphase des Aufbaus Lehrer aller Stufen“ (s.o.) dort ausgebildet werden können, d. h. etwas später wer-

den die Gymnasiallehrer (Lehrer der Sekundarstufe II) ausgegliedert werden.  
Die Strategie der Planer, die sie selbst klar benennen, ... die bestehenden Einrichtungen mittels einer marktwirtschaftlichen Strategie effizienter zu machen“, kann selbstverständlich an einer „Reform“ der Studieninhalte, Studienzeiten und des Studienablaufs nicht vorbeigehen. Da „das Lehrangebot sowieso in vielen Disziplinen zu einseitig an der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgerichtet ist“ (NRW-Programm 75) —wesh Wunder! Unser „wissenschaftliches“ Niveau ist zu hoch —, wird die Lehrerausbildung „grundlegend reformiert und vereinheitlicht“ (KMK-Rahmenvereinbarung), indem die Lehrer aller Stufen ein 6-Semester-Kurzstudium absolvieren müssen, was laut KMK-Rahmenvereinbarung heißt „ein vertieftes wissenschaftliches Studium von 6 Semestern“ (Grundlehramt).



Demonstration gegen das NRW-Hochschulgesetz in Düsseldorf (Februar 1970).

sicht zugrunde liegt, erst mal ein Chaos entstehen zu lassen, um uns, nachdem alle die Erfahrung dieser furchtbaren Zustände gemacht haben, um so besser die folgenden rigorosen Maßnahmen (totaler Zulassungstop für die „Engpaßfächer, das HSchRG) als notwendige und sinnvolle „Reformen“ klarzumachen.

## Hintergründe und Ursachen der Reform

Die Planungen und Reformen, besonders im Bereich der Lehrerausbildung, gehen daher von folgenden Überlegungen aus. Die Zahl der Studenten wird sich bis 1980 annähernd verdoppeln. Es besteht wegen der zunehmenden finanziellen Krise des bürgerlichen Staates nicht die Möglichkeit, die bestehenden Universitäten auf das Doppelte auszubauen. „Neugründungen“ auf „grüner Wiese“ sind noch kostspieliger und benötigen eine ziemlich lange Anlaufzeit.

Wie läßt sich nun eine Entlastung der Universitäten ohne großen finanziellen Aufwand erreichen? Die Antwort ist ziemlich einfach zu finden, wenn man, wie die Planer bedenkt, daß die Hälfte aller Studenten Lehramtskandidaten sind. Auf der einen Seite besteht horrender Lehrermangel, auf der anderen Seite drohen gerade in den Lehramtsfächern, die weitgehend auch die Massenfächer sind, verschärfte Zulassungsbeschränkungen. Die preiswerteste Lösung

gegen das staatliche Studienüberwachungssystem.  
Die Pläne zur Verschlechterung der Lehrerausbildung sind keineswegs besonders harte Einzelmaßnahmen allein in diesem Bereich, sondern sie sind nur ein Teil des zentral geführten Angriffs des bürgerlichen Staates auf die Ausbildung insgesamt (Lehrpläne: BBG, Krupp-Stufenplan etc.). Während man versucht, einerseits die Abiturientenlawine zu steuern, indem man die Mehrheit der Studenten möglichst schnell durch die Uni schleust, will man andererseits die Mehrheit der Schüler von vornherein von der Uni fernhalten (Abitur I und II, Teilung des Abiturs II, etc.) und sofort mittels der im HSchRG vorgesehenen Bundesoberbehörde beim Wissenschaftsministerium in die Fachrichtung und das Niveau kanalisieren, die der Bildungsplanung der Wirtschaft und des Staates entsprechen.  
Als erste Etappe im Kampf gegen die Verschlechterung der Ausbildung im Bereich Schule/Hochschule stellt deshalb die JUNGE GARDE — parallel zur Forderung im Lehrlingsbereich nach Lehrlingskongressen — die Forderung auf nach einer Großversammlung von Lehrern, Lehrern, Schülern und deren Eltern, organisiert von ASTA, SMV's, GEW etc. Der ASTA hat in seinem Aktionsprogramm diese Forderung aufgenommen und bereitet die Versammlung auf Stadtebene Bochum vor. Diese Versammlung ist ein Beginn, allen beteiligten Gruppen bewußt zu machen, für welche gemeinsamen Interessen sie kämpfen müssen, und Maßnahmen zu überlegen wie sie ihre gemeinsamen Forderungen gegen die wachsende Ausbildungsmisere durchsetzen können.

Der nächste Schritt im Kampf gegen die Verschlechterung der Ausbildung muß, weil auch der gemeinsame Kampf der Schüler und Studenten allein nichts ist, die Zusammenführung, Zentralisierung der Kämpfe der Jugendlichen in allen Bereichen zum Ziel haben. Zentrale Lösung des vereinten Kampfs aller Jugendlichen ist die „Nationale Versammlung zur Verteidigung der Rechte der Jugend gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates“, auf die von allen Bereichen aus hingearbeitet werden muß.  
Diese Verteidigung der Rechte der Jugend gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates verlangt den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse, der einzig entscheidenden Kraft gegen die Unternehmungsklassen und für den Fortschritt der Gesellschaft. Sie verlangt den Kampf für ein Programm der Arbeiterforderungen und eine Arbeiterregierung. Das ist die Perspektive der „Nationalen Versammlung zur Verteidigung der Rechte der Jugend.“  
Gisela Grabowski

## was trinken wir?



# Schultheiss

## Bier

**SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM**

des Kapazitätsproblems ist daher der „Ausbau der ... Pädagogischen Hochschulen zu neuen Universitäten“ (NRW-Programm 75). Da in fast allen neueren Reformplänen zur Lehrerausbildung gefordert wird, daß einheitlich alle neuen „Stufenlehrer an Universitäten ausgebildet werden sollen“, ernannt man ganz einfach die PH's zu Universitäten.

An diesen Universitäten neuen Typs, der „Universitäten mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt“, können schnell billige Studienplätze geschaffen werden (ca. ein Drittel der Kosten eines Studienplatzes an der Universität). Das bedeutet für die mei-

lich wird in diesen Plänen das vom Staat vorgezeichnete Berufsbild des Lehrers. Der Lehrer ist nur ein „Reproduktivtätiger“, d. h. er soll möglichst schnell eingepacktes Wissen im Beruf nur noch reproduzieren und nicht mehr kritisch und selbständig verarbeiten.

### Gegen diese „Reform“ und ihre Ursache

Mit der Kritik an den „Reformmaßnahmen“ zur Lehrerausbildung soll nicht gesagt werden, daß eine grundsätzliche Reform auf die-



Slums im Ruhrgebiet.

## Wohnungsnot

Fortsetzung von Seite 1

einen an der mangelnden Beteiligung der betroffenen Studenten. — Dem Aufruf zur Unterstützung und Vorbereitung unserer Demonstration folgten nur etwa 50 Studenten, von denen nur eine Minderheit wirklich ohne Zimmer war. Während der Durchführung der Aktion nahm die Zahl an Mitarbeitern mit der Zunahme an Zimmerangeboten stetig ab: Derjenige, der ein Zimmer erhielt, stieg aus; das Unternehmen hatte sich für ihn gelohnt.  
Der harte Kern, der bis zum Schluß mitarbeitete, wird kaum in der Lage sein, die Wohnungskampagne alleine zu tragen.

Der zweite Mangel bestand in der ungenügenden Resonanz der Bevölkerung. Unser Appell, Beispiele von Mietwucher, Ausquartierungen oder unwürdigen Wohnverhältnissen zu geben, wurde kaum befolgt. Öffentlich war die Angst vor möglichen Folgen (Repressionen der Vermieter) zu groß; auch die Versicherung der Anonymität half da kaum.  
Die in 1 1/2 Tagen geleisteten 500 Solidaritätsunterschriften sind zwar eine erfreuliche Nebenerscheinung, führen aber unser Vorhaben nicht weiter.

Im Gegensatz zur Passivität der Betroffenen bestand eine fast hektische Aktivität der Beobachter: Presse, Rundfunk und Fernsehen zeigten ein nicht erwartetes Interesse an unserer Aktion.

Die Berichterstattung bemühte sich jedoch meistens, die von uns angesprochene allgemeine Wohnungsnot als ein spezifisch studentisches Problem zu Beginn des Semesters darzustellen. Die Reaktion auf das starke Echo der Kommunikationsmittel war unterschiedlich:  
a) Der private Wohnungsmarkt reagierte nur ungenügend. Neben den etwa 40 Angeboten, die auf

henen 28 000 Wohnheimplätze gefordert wird und in der nach den Maßnahmen gefragt wird, die die Landesregierung ergreifen will, um sicherzustellen, daß genügend Träger für Wohnheime die zur Verfügung stehenden Mittel auch ausnutzen.

## Fazit:

An der Wohnungsnot hat sich erwartungsgemäß nichts Entscheidendes geändert. Nach wie vor suchen Hunderte nach Zimmern. Die Reaktion der Bevölkerung war zurückhaltend positiv. Offensichtlich scheint sich aber die Wohnsituation



Der ASTA spricht auf dem Husemannplatz

in Bochum noch nicht in dem Maße verschärft zu haben — wie etwa in Frankfurt, Düsseldorf oder München —, so daß die erhoffte spontane Solidarität aller Betroffenen noch ausblieb.

# Contacta

## Institut

**Bochum Kortumstr. 45 I. Etage**  
Anpassung unsichtbarer Augengläser  
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen  
des bewährten Systems Müller-Welt

dem Husemannplatz spontan gemacht wurden, verstärkte sich das Angebot beim Studentenwerk nur wenig.

b) Die Stadtverwaltung sah sich am Abend des ersten Tages unserer Aktion (am 15. 10.) zu einer eilig einberufenen Sitzung gezwungen. Der Leiter des Liegenschaftsamtes, dem die leeren Wohnungen unterstellt sind, teilte dem ASTA mit:



Wer wollte nicht auch so wohnen?

Der (angeblich) bestehende Beschluß, den toten Mietraum nicht an Studenten zu vermieten, wird annulliert.

Die Stadt übergibt dem Studentenwerk drei Häuser zur Weitervermietung frei (Buschestr. 119, Römerstraße 25, Grimmestraße 10).

Die 24 Stunden zuvor gemachte Versicherung, es gäbe keine vermietbaren leerstehenden Wohnungen, verstärkt den Verdacht, daß noch eine größere Anzahl von Projekten existiert, deren Vermietung möglich ist.

c) Der MdL Michael Hereth reagierte mit einer kleinen Anfrage an die Landesregierung, in der die beschleunigte Erstellung der vorgese-

## Konsequenzen für das weitere Vorgehen:

Auch in Zukunft muß zweigleisig vorgegangen werden:

1. Um den noch immer zimmersuchenden Kommilitonen zu helfen, muß weiter auf die Stadt, aber auch auf die Kirchen, Zechen und Brauereien Druck ausgeübt werden. Hierzu ist es erforderlich, daß ungenutzte Mietkapazitäten aufgespürt und der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden.

Ferner muß beim Amt für Bauförderung nachgefragt werden, ob die für die Vermietung an Studenten subventionierten Bauten auch tatsächlich an diese vermietet werden. Da es hier keine öffentliche Kontrolle gibt, wären Stichproben erforderlich.

Die Universität muß gezwungen werden, kurzfristig alles ihr zur Verfügung stehende zu tun, um der Situation Herr zu werden. Das Sammelgebäude in der Overbergstraße, das in ein Studentenheim umgebaut wird, muß und kann noch vor Jahresende fertiggestellt werden — und nicht bis zum April nächsten Jahres!

2. Um zu einer Solidarität aller sozial Unterdrückten zu gelangen, muß besonders mit den Sozialämtern, Kirchen und anderen sozial engagierten Institutionen Kontakt aufgenommen werden, um zu einem realistischen Bild der Wohnsituation in Bochum zu kommen.

Voraussetzung für alle weiterführenden Aktivitäten ist, daß sich genügend Mitarbeiter aus allen Kreisen der Bevölkerung finden lassen.

Welche Gruppen sind an größeren Wohnungen oder Häusern interessiert und bereit, sich für diese auch aktiv einzusetzen?

Welche Kommilitonen wollen unsere Kampagne durch ihre Mitarbeit unterstützen?

Alle Interessenten sind aufgerufen, am Dienstag, dem 3. 11., in den ASTA, Baracke 8, zu kommen.

## Parkplatznot

— natürlich hat Herr Dr. Wolfgang Seel, Kanzler der RUB, keine Parkplatzsorgen; für ihn ist ein Platz direkt vor IB reserviert.

Da Herr Seel sich noch nie um einen Parkplatz kümmern mußte, hat er sich wohl auch nichts dabei gedacht, als er hinter der Mensa einen Acker planieren ließ, um dort stolze 1300 Parkplätze anzulegen. Parkplatz ist gleich Parkplatz — denkt er.

Dieser neue Parkplatz liegt mehr als ideal: zum IB-Gebäude (4000 Studentinnen und Studenten) sind es mindestens 800 Meter, zum GA Gebäude (3000 Studentinnen und Studenten) sind es bis zu 1700 Meter. Und man wird gezwungen, auf diesem neuen Parkplatz zu parken, denn woanders gibt es keine neuen Parkflächen.

Doch wer ist verantwortlich dafür, daß es an der RUB zu dieser Parksituation kommt? — Man braucht ihn nicht lange zu suchen: Herrn Seel. Auf diesem Gebiet völlig unerfahren (weil er sein reserviertes Plätzchen hat), ließ Herr Seel seit langem alarmierende Gutachten über Motorisierungs- und Anwesenheitsgrad von Studenten und Bediensteten in der Schublade verstauben. Hauptsache, irgendwo werden Parkflächen geplant (in Bochum-Langendreer soll es übrigens noch einen großen leeren Platz geben!).

Und so stellte sich Herr Seel auch in einer ziemlich unverschämten Art bockig, als ein zu diesem Zweck eingesetzter Ausschuß des Universitätsparlamentes zumindest für die Zukunft einen noch katastrophaleren Zusammenbruch auf dem Parkbereich vermeiden wollte und daher Einblick in die Planungsunterlagen erbat (um dafür zu sorgen, daß einige Parkhochhäuser gebaut werden, wie sie heute jedes Kaufhaus hat). Herr Seel blockierte die Arbeit des Ausschusses, indem er die Unterlagen verweigerte, da der Ausschuß hierzu gar nicht die Kompetenz habe und im übrigen das Universitätsparlament sich nicht um diese Planung zu kümmern habe.

Man kann von keinem Autofahrer verlangen, daß er sich auf den großen neuen Parkplatz stellt; aber da gibt es doch vor dem Gebäude IB ein (bisher reserviertes) freies Plätzchen..... ee

## Mensa-Fête

Auch zu Beginn des Wintersemesters veranstaltet die Juristische Fachschaft mit Unterstützung des ASTA wieder eine große Mensa-Fête, bei der erstklassige Musik zu erwarten sein dürfte. Die holländischen „LIVIN BLUES“, Vertreter der „Modern Blues“ Richtung, also des elektronisch verfremdeten und bereicherten Blues, gehören zur europäischen Spitzenklasse und sind durch Auftritte in England, Frankreich, Belgien, der Schweiz, Polen, Deutschland und natürlich ihrem Heimatland Holland einem weiten Kreis von Blues-Liebhabern bekanntgeworden.

In wenigen Tagen dürfte mit dem Erscheinen ihrer ersten LP in Deutschland zu rechnen sein, der schon zwei nur in den Benelux-Staaten verkaufte LP's vorgegangen sind. Die „Scarlet Pearmain“ machten in der letzten Zeit durch Siege bei mehreren Pop & Blues-Festivals von sich reden sowie als Begleitband der „Steamhammer“. In diesem Monat unternehmen sie eine vierzehntägige Englandtournee. Die „Bloody Son of a Bitch“ sind eine junge Bochumer Blues-Formation, die den traditionellen Blues pflegen und wieder populär machen wollen, da ihrer Meinung nach dieser Blues der einzig echte ist.

Angereichert wird die Veranstaltung durch eine Light-Show, die der Mensa wenigstens etwas von ihrer Nacktheit nehmen wird und durch Gelegenheitskaufangebote sowie Info-Stände der aktiven politischen Gruppen an der RUB in den untersten Räumen der Mensa. Als besondere Attraktion wird der Sieger des Bochumer Film-Festivals „Opus RUB“ in Anwesenheit des Regisseurs und Hauptdarstellers aufgeführt.

Da der Reinerlös der Veranstaltung einem gemeinnützigen Zweck, nämlich der Jugend- und Sozialarbeit zugeführt wird, und dank der Fête einmal etwas Leben in die Betonwüste RUB kommt, hoffen wir, daß die Mensa voll besetzt sein wird. vt.

# SKI

noch nie so preiswert jetzt zugreifen



## Sporthaus KOCH

BOCHUM · MEINERZHAGEN

### Bochum

### Am Rathaus

# Vietnam - und immer noch kein Ende

„Ich habe nie mit jemandem gesprochen oder korrespondiert, der auf Grund seiner Kenntnisse der Lage in Indochina nicht mit mir der Meinung gewesen wäre, daß möglicherweise achtzig Prozent der Bevölkerung für Ho-Tschi-Minh gestimmt hätten...“ (General Eisenhower 1954). Bei diesem möglicherweise ist es denn allerdings auch geblieben. Obwohl im Genfer Abkommen zwei Jahre zuvor festgelegt worden war, daß zu diesem Zeitpunkt freie und geheime Wahlen in ganz Vietnam stattfinden sollten, um die vorläufige Teilung Vietnams als Folge des 1. Indochina-Krieges aufzuheben, verhinderten die USA und ihre Marionetten in Südvietnam konsequent die Verwirklichung der Genfer Beschlüsse. Die US-Regierung hatte sich zwar 1954 verpflichtet, daß sie „Kenntnis nimmt von dem Abkommen und daß sie sich jeder Drohung mit oder des Gebrauchs von Gewalt zu dessen Störung enthalten wird und daß sie jede Erneuerung der Aggression in Verletzung der ... Abkommen mit schwerer Besorgnis und als ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit betrachten wird.“ Doch bedeutete diese Erklärung kaum mehr als ein Stück Papier, da die USA noch im gleichen Jahr die SEATO gründeten, ein Militärbündnis, das Südvietnam, Laos und Kambodscha entgegen den Genfer Bestimmungen auf Nichtpaktgründungen in ein sog. Schutzgebiet einbezog. In der Folgezeit begannen die USA die Aufrüstung der südvietnamesischen Armee immer umfangreicher durch Ausbildungspersonal und Kriegsmaterial zu unterstützen. Wessen Macht dadurch konserviert werden sollte, wird klar, wenn man weiß, daß 1957 nur 1 Prozent der reichsten Großgrundbesitzer 44 Prozent des gesamten Reislandes besaßen und die Konzentration ständig zunahm. So erreichte z. B. in der Küstenprovinz Rach Gia der Anteil der mehr als 100 ha großen Güter 62 Prozent der Anbaufläche gegenüber 52 Prozent im Jahre 1934. Terror und Ausbeutung, besonders gegenüber der ländlichen Bevölkerung wuchsen ständig. In sog. „Agrastädten“ oder „strategischen Dörfern“ wurden die Menschen zusammengetrieben und unter eine eiserne Beaufsichtigung gepreßt. Über die Methoden des südvietnamesischen Innenministers Nhu sagte US-Generalstabschef Wheeler: „Nhu war ein schrecklicher Terrorist, der mit seiner Schreckensherrschaft das ganze Volk gegen die Regierung aufbrachte.“



Vietnam im ersten Indochina-Krieg, so begann auch die FNL sofort damit in den befreiten Gebieten eine eigene Verwaltung aufzubauen und Bildungs- und Landreformen durchzuführen. Darauf und auf nichts anderes gründet sich die Stärke der FNL. Die Gewalt, die sie anwendet, richtet sich gegen die Handlanger der Saigoner Regierung, die die Schreckensherrschaft von Diem bis Ky erst ermöglichte und gegen die Truppen der USA und ihrer Verbündeten.

Im August 1964 inszenierten die USA ihre inzwischen offiziell als solche zugegebene Aggression im Golf von Tongking als Vorwand, um vom Februar 1965 an, die DRV systematisch zu bombardieren. Daß der erwartete Erfolg freilich ausblieb, mußte General Earle Wheeler freilich im Januar 66 zugeben als er sagte: „3/4 des Territoriums von Südvietnam sind unter der Kontrolle des Vietcong. Selbst in Gebieten, die angeblich von der Regierung kontrolliert werden, geht der Vietcong in aller Freiheit im Schatten vor; die amerikanischen und Regierungstruppen sind ständig bedroht durch Überraschungsangriffe und Fallen.“

Bis 1968 standen über 500 000 US-Soldaten in Südvietnam. Nach offiziellen Angaben waren 1969 68 Prozent der US-Infanterie und Fallschirmeinheiten, mehr als 32 Prozent der taktischen Luftwaffe, 19 Prozent der strategischen Luftwaffe, 36 Prozent der US-Navy-Luftwaffe und 66 Prozent der USA-Flugzeugträger in die Aggression gegen Vietnam verwickelt.

Dennoch gingen die Pläne der US-Regierung nicht auf: zunehmend gewannen die revolutionären Befreiungskräfte an Boden. Die Frühjahrsoffensive der FNL von 1969, die die gleichen Ausmaße wie die Têt-Offensive von 1968 hatte, hat deutlich gemacht, daß auch die großen Städte weder militärisch noch politisch zu halten sind.

Auf dem Kongreß der Repräsentanten des Volkes von Südvietnam vom 6.-8. Juni 1969 wurde sodann die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam gebildet, die die Mehrheit der südvietnamesischen Bevölkerung vertritt, den größten Teil des Territoriums unter ihrer Verwaltung hat, in den befreiten Gebieten über einen eigenen Staatsapparat verfügt und die Republik Südvietnam auf der Pariser Konferenz vertritt.

Am 31. Oktober 1969 hatte Johnson unter dem Druck der amerikanischen Öffentlichkeit — die Wahlen standen vor der Tür — die bedingungslose Einstellung der Bom-

benangriffe sowie aller Kriegsakte gegen die Demokratische Republik Vietnam bekanntgegeben. Das bedeutete jedoch nicht, daß die USA ihre Aggressionspolitik eingestellt hätten. Schon zwei Monate nach Nixons Regierungsantritt klagte Minister Xan Thuy auf der Pariser Konferenz die USA Regierung an, daß sie weiterhin die DRV bombardiere. Die Zahl der über der DRV abgeschossenen US-Flugzeuge stieg auch tatsächlich vom 1. November 1968 bis zum 23. August 1969 von 3243 auf 3320.

Für die gleichzeitige Verschärfung der Aggression im Süden weisen internationale Berichte aus, daß z. B. die über Südvietnam abgeworfene Bombenmenge von 800 t täglich Ende 1968 auf 1200 t täglich im Februar und auf 1800 t im Juni 1969 anstieg. Es entspricht der Aggressionspolitik der USA, daß sie bei der Pariser Konferenz kein Mittel unversucht lassen, eben diese Politik mit Schlagworten wie „Vietnamisierung“ zu vertuschen. Damit ist lediglich gemeint, daß in wachsendem Maße Vietnamesen gegen Vietnamesen gehetzt werden sollen, wobei eine solche Art der Kriegsführung die USA sicherlich billiger zu stehen käme. Allein der Widerstand der revolutionären Kräfte ist ungebrochen. Nach wie vor lautet die Forderung der Delegationen der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam: vollständiger und bedingungsloser Abzug aller ausländischen Truppen und Vorbereitung freier Wahlen in Südvietnam.

Am 17. 9. 1970 unterbreitete die FNL in Paris einen Vorschlag, der einen Waffenstillstand vorsieht, falls sich die USA verpflichten, ihre Truppen bis zum 30. Juni 1971 vollständig aus dem Lande zurückziehen. Die vorläufige letzte Antwort Nixons in einem knapp drei Wochen später veröffentlichten 5 Punkteprogramm zeigt deutlich, daß die USA auch heute noch nicht gewillt sind, ihre Aggression zu beenden. Zwar sollen nach diesem Vorschlag die USA-Kriegsgefangenen — als Geschenk für die Wahlen am 3. November — freigelassen werden, doch fordern die USA weiterhin die Erhaltung ihrer militärischen Stellungen und die Beibehaltung des Saigoner Marionettenregimes.

Auf solche Weise hofft Nixon, das Ende des Vietnamkrieges und den vollständigen Sieg der FNL auch weiterhin verzögern zu können. Ob und wie lange dies gelingt, hängt nicht nur von dem heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes, sondern auch von der internationalen ant imperialistischen Solidaritätsbewegung ab.

## Auch der härteste Terror ...

Nach und nach schlossen sich alle diejenigen gesellschaftlichen Schichten und Klassen, deren Existenz durch die Refeudalisierung durch den innenpolitischen Terror und die Aggressionspolitik der USA bedroht wurden, der 1960 gegründeten Befreiungsfront Südvietnams (FNL) an.

Sie vereinigt heute folgende Organisationen: die revolutionäre Volkspartei (KP), die Demokratische Partei, die Radikalsozialistische Partei, den Bauernverband, Organisationen der Jugend, der Frauen, der Schriftsteller und Künstler, der Katholiken und Bud-

histen und Bewegungen verschiedener nationaler Minderheiten. Ihr Programm der Landreformen, des Aufbaus einer nationalen Industrie, der sozialen und kulturellen Reformen trägt dementsprechend Volksfrontcharakter. Kern des Programms ist die Forderung nach Abzug aller ausländischen Truppen und nach Sturz des Marionettenregimes.

Die FNL gewann mit Hilfe dieses Programms sehr schnell die Mehrheit der Volksmassen für sich und fügte den Streitkräften der Marionettenregierung eine Niederlage nach der anderen zu. Wie die

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

## Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service Verkauf

Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

## SELTSAME 'VORLESUNG'

... und grüßt Eure portugiesischen Kommilitonen in den Gefängnissen! Mit obenstehendem Transparent und einem Flugblatt demonstrierten am Mittwoch, dem 13. 10., morgens um 6.00 Uhr Studenten des Klinikums Essen unter der Leitung der Basisgruppe Medizin gegen eine „Vorlesung“, die zu der ungewohnten Stunde von 6.00 Uhr morgens beginnen sollte, und zwar in Form eines Fluges.

Privatdozent Dr. med. Hans-Carl Sturde, seines Zeichens Flottenarzt, hält allsemerlich eine „Vorlesung“ über Dermatologie und Venerologie, die allerdings nie gehalten wird. Diese „Vorlesung“ dient nur dazu, Sturdes Namen im Vorlesungsverzeichnis erscheinen zu lassen, was Voraussetzung dafür ist, daß er sich „Privatdozent“ nennen darf.

In Wirklichkeit veranstaltet Sturde nämlich nur von der Bundeswehr organisierte und bezahl-

te Ausflüge. Die militaristische und imperialistische Stoßrichtung dieser Unternehmen wird vollkommen deutlich, wenn man sich Ziel und Zweck des letzten Ausflugs betrachtet. Sturde flog am letzten Mittwoch mit 30 Studenten für einige Tage nach Portugal, um dort militärische Anlagen zu besichtigen. Daß man ausgerechnet ins faschistische Portugal fuhr, läßt einiges Schlimmes ahnen, vor allem zu einer Zeit, wo sich weltweiter Protest gegen den Kolonialismus und Rassismus Portugals erhebt (Cabora Bassa!!!).

Die Basisgruppe Medizin, die sich übrigens aus Krankenpflegern, med.-techn. Assistentinnen und Studenten zusammensetzt, betrachtet dieses Unternehmen als eine „Ungeheuerlichkeit.“ Sie wird sich auch in Zukunft mehr der eigentümlichen Verbindung ihrer Abteilung zum Militär widmen. Wir wünschen den Genossen viel Erfolg!

## Honnefer Modell für Studienanfänger

### Fristen

Anträge zur Aufnahme in die Studienförderung nach dem Honnefer Modell für Studienanfänger sind bis zum 29. Oktober 1970 (Ausschlußfrist) vollständig einzureichen. Es wird unbedingt empfohlen, die Anträge persönlich abzugeben.

### Antragsunterlagen

Die erforderlichen Einkommensnachweise der Unterhaltspflichtigen müssen auf das Jahreseinkommen 1969 abgestellt sein. Nur in besonders begründeten Ausnahmefällen können aktuelle Einkommensverhältnisse zugrunde gelegt werden.

### Förderungsdauer

Der Erstantrag für Studienanfänger gilt für die Monate Oktober bis Dezember 1970 und das gesamte Jahr 1971. Mitte Juli 1971 ist ein vollständiger Neuantrag für 1972 zu stellen.

### Zahlungsweise

Die Förderungsbeträge werden monatlich über die Westfalenbank, Zweigstelle Ruhr-Universität, ausgezahlt. Die Studienanfänger können im Dezember 1970 mit der Auszahlung der Förderungsbeträge Oktober bis Dezember 1970 rechnen.

### Freitische

Es besteht noch die Möglichkeit, in begrenztem Umfang Freitische für ein kostenloses Mittagessen in der Mensa zu gewahren. Entsprechende Anträge sollten unverzüglich gestellt werden. Die Förderungsabteilung befindet sich in Baracke V unmittelbar hinter der Mensa. Sprechzeiten montags und donnerstags von 8 bis 13 Uhr.

## REKTOR SABOTIERT

Das Rektorat hat am 12. 10. die neue Wahlordnung für das Universitätsparlament, die das UP am 8. 7. beschlossen hatte, beanstandet, und angeordnet, daß vom 1. bis 15. 11. die Wahlen zum 2. UP nach der alten Regelung des § 61 Verf. RUB stattfinden sollen.

Die neue Wahlordnung sieht vor, daß die Gruppen in den Abteilungen je 4 Kandidaten aufstellen und daß dann die Abteilungsversammlung gemeinsam den jeweiligen Vertreter der Gruppen für das UP wählt.

Gegen dieses integrierte Wahlverfahren, daß neben Gruppenrepräsentanz auch eine gewisse politische Auswahl ermöglicht, organisierten Professoren der Abt. Rechtswissenschaften den Widerstand. Rektor Faillard erbat von denselben Juristen ein Fachgutachten, die kurze Zeit vorher in ihrer Abteilung einen gemeinsamen Satzungsentwurf der Studenten und Assistenten, der ebenfalls integrierte Wahl vorsah, durch ihr Gruppenveto erledigt hatten und natürlich ein Interesse daran hatten, inte-

grierte Wahlen auch für andere Organe zu verhindern. Obwohl gewichtige Gegengutachten vorlagen und obwohl dem Rektor vom Hauptausschuß des UP klar gemacht worden war, daß er eine politische Entscheidung für das Verfassungsorgan UP und gegen die verfassungsfeindlichen Kräfte im

Wo essen Studenten  
gut preiswert schnell  
beim Dicken in der  
Uni-Klause

Senat treffen müsse, beanstandete der Rektor die Wahlordnung, da sie möglicherweise gegen die Verfassung der RUB verstoße. Gegen die Beanstandung hat der Vorsitzende des UP Widerspruch eingelegt. Es ist allerdings nicht sicher, ob eine Wahl nach der Konfrontation überhaupt stattfinden wird. (Mehr darüber demnächst im AStA Info über Gremienpolitik)

## GESUCHT

wegen Begünstigung von völkerrechtswidriger Kolonialherrschaft in Tatenheit mit indirekter Unterstützung von Rassenkämpfen sowie Mißachtung von UNO-Beschlüssen werden 5 deutsche Konzerne.

### VERBRECHEN DER TÄTER:

Mit einem Kredit in Höhe von 286 Mio DM sowie einer Bürgschaft in Höhe von 400 Mio DM, die ihnen die BUNDESREGIERUNG aus STEUERGÜLDERN überläßt, wollen sie den CABORA-BASSA-STAUDAMM in der portugiesischen Kolonie MOCCAMBIQUE (Afrika) bauen. Nach portugiesischen Angaben (z. Bsp. Diario de Noticias 14. 10. 69) sollen dort 1 Mio Weiße angesiedelt werden. Das bedeutet: Verlängerung des Kolonialstatus und damit Unterdrückung des Kampfes der Afrikaner um Selbstbestimmung. Die Fotos zeigen, mit welchen Mitteln Portugal seine Kolonialherrschaft durchsetzt. Die Beteiligung deutscher Firmen ist deshalb

## BEIHILFE zum MORD



### BESCHREIBUNG DER TÄTER:

- AEG-TELEFUNKEN liefert für den Staudamm elektrische Anlagen
- BBC liefert für den Staudamm Generatoren
- HOCH-TIEF erstellt die Dammanlage
- SIEMENS liefert elektrische Anlagen
- VOITH liefert Turbinen

VORSICHT! Die Täter versuchen mit Argumenten wie: „Der Damm hilft doch auch den Afrikanern“ über die mörderischen Folgen ihres „Luns hinwegzutauschen“ zu richten an: BUNDESREGIERUNG, BONN

Belohnung 686 Mio DM  
eingesparte Steuergelder



... wird den Widerstand des vietnamesischen Volkes nicht brechen können!

### INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper  
Kleinstlinen  
angenehm zu tragen  
unsichtbar - unzerbrechlich  
BRILLEN Hagemann  
SÜDRING 20

# KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Die Bundeswehr kann in unserer Gesellschaft nicht die Aufgaben oder im Kriegsfall die BRD zu „verteidigen“; der Ausbruch Grenzen — würde zu noch schrecklicheren Blutbädern bei der mit dem bishigen Widerstand nur eine Brutalisierung der Maßnahmen des Gegners bewirken.

Da trotz dieser allgemein bekannten Tatsachen immer noch ein Heer von über 500 000 potentiellen Mördern aufrechterhalten wird, fragt es sich, warum denn für diese Leute jährlich 20 Milliarden DM ausgegeben werden, während für die zivile Verteidigung nur 1/80, nämlich 250 Millionen DM zur Verfügung stehen.

Die Bundeswehr dient nach außen nur der Versteifung der bestehenden Machtblöcke und verhindert eine Entspannung in Europa; die Kampfkraft reicht weder für einen Angriff noch für eine Verteidigung aus. Wichtiger ist allerdings ihre Funktion im Inneren: als Disziplinierungsmittel ersten Grades macht sie aus dem größten Teil der männlichen Bevölkerung autoritätsgläubige Untertanen; ihr Einsatz im Innern gegen streikende Arbeiter, demonstrierende Studenten u. a. (ermöglicht durch die Notstandsgesetze; — vgl. auch Kriegsrecht z. Z. in Kanada) verhindert Versuche zur Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen und dient damit hervorragend der Stabilisierung der Machtverhältnisse der herrschenden Klassen in der BRD.

eine befristete Zurückstellung möglich. Dies ist in der Regel der Fall, bei der notwendigen Versorgung von Eltern oder Geschwistern, für die keinerlei sonstige Unterstützung gewährt werden kann.

Bei Unentbehrlichkeit im eigenen oder elterlichen Betrieb ist ebenfalls eine Zurückstellung möglich; dies trifft allerdings nur zu, wenn der Wehrpflichtige schon im Betrieb arbeitet und ihn nicht — z. B. nach vollendetem Studium — später erst übernehmen will.

Vorsichtig muß man sein bei den Anträgen auf Zurückstellung vom Wehrdienst aus beruflichen Gründen: zwar gilt die Ausbildung als weitgehend gefördert, wenn man im 3. Semester ist, doch ein Antrag auf Zurückstellung kann nur bis drei Monate nach Eintritt des Grundes gestellt werden (wie übrigens bei allen anderen Zurückstellungen auch).

Stellt man den Antrag im 4. Semester, wird er abgelehnt und man kann eingezogen werden; stellt man ihn jedoch schon im 2. Semester, wird das Kreiswehersatzamt aufmerksam und zieht sofort ein.

Den von einigen Kreiswehersatzämtern unterschiedlich festge-

erfüllen, einen Kriegsfall zu verhindern, vorbeugend abzuschrecken eines Krieges — in Mitteleuropa ließe er sich nicht räumlich be- Zivilbevölkerung führen als in Indochina. Die Bundeswehr würde dem Bundesverwaltungsamt in Köln; er hat statt des Wehrdienstes zivilen Ersatzdienst außerhalb der Bundeswehr zu leisten. Für den Ersatzdienst gelten alle Ausnahmen wie für den Wehrdienst; man wird also auf keinen Fall schlechter gestellt. Die Chancen zum Ersatzdienst eingezogen zu werden sind nur für Abiturienten gleich der Wahrscheinlichkeit, zum Wehrdienst einberufen zu werden; wer

## Einberufung

Jedes Semester werden über 50 Studenten der RUB mitten aus ihrem Studium gerissen, um die fdgo verteidigen zu lernen. Die meisten aber — hiervon eingeschüchtert —

Men like its flavor Women love its aroma

**RUM and MAPLE**

PIPE MIXTURE

2.50

Gratismuster \* PLANTA \* Berlin 61

während des Studiums verweigert, kommt wohl nicht mehr zum Ersatzdienst. Man kann auch nach geleistetem Wehrdienst den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern.

Ein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer hat nur dann abschließende Wirkung für eine Einberufung, wenn er bis zur Musterung gestellt wird. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig den Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zu stellen und den Termin für die Verhandlung vor dem Prüfungsausschuß so oft verschieben zu lassen (Krankheit, Klausur... — aber Vorsicht!), bis man im 3. Semester ist. Wenn man vom Wehrdienst zurückgestellt ist (z. B. Studium), wird über den Antrag während der Zurückstellungsfrist entschieden.

Das Kriegsdienstverweigerungsverfahren ist vor den ersten beiden Instanzen kostenfrei; vor dem Verwaltungsgericht können — wenn ein Armenrechtsgesuch abgelehnt wird — Kosten in Höhe von etwa 250 DM entstehen.

Es soll aber ausdrücklich noch einmal betont werden, daß die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer keine Einrichtung ist, um sich möglichst billig vor der Bundeswehr drücken zu können. Einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer sollte nur derjenige stellen, der es wirklich mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, in einem „Verteidigungsfall“ oder beim Einsatz der

lassen sich direkt nach dem Abitur einziehen, um dann (meist als Unteroffiziere) in Ruhe studieren zu können.

Man sollte sich von den Kreiswehersatzämtern (die fast immer falsche Auskünfte geben oder sich gern rechtswidrig anstellen) jedoch nicht beirren lassen, sondern in Ruhe überlegen, ob man den Wehrdienst ableisten will oder nicht. Auf jeden Fall ist es dringend erforderlich, sich über die eigene Lage klarzuwerden, um dann rechtzeitig die verschiedenen Anträge stellen zu können. Es ist von äußerster Wichtigkeit, daß gegen alle Bescheide der Wehrverwaltung rechtzeitig Widerspruch eingelegt wird.

Gegen einen Einberufungsbescheid kann man nur erfolgreich Widerspruch einlegen, wenn ein Formfehler vorliegt, rechtzeitig ein Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt wurde oder eine sonstige Rechtsverletzung gegeben ist. Falls ein Widerspruch gegen den Einberufungsbescheid Aussicht auf Erfolg hat, empfiehlt sich eine Klage auf einstweilige Anordnung, wenn der Widerspruch von der Wehrbürokratie nicht umgehend bearbeitet wird.

## Beratung

Die Problematik ist zu kompliziert, um für alle Fälle hier Abhilfe anzubieten. Es empfiehlt sich daher die persönliche Beratung:

- bei den örtlichen Stellen des Verbandes der Kriegsdienstgegner und der Internationale der Kriegsdienstverweigerer;



Bundeswehr bei inneren Unruhen auf andere Menschen schießen zu müssen.

## Musterung

Die Studienanfänger Jahrgang 1952 werden erst im Januar 1971 gemustert; — falls es ihnen gelingt, bis zum 3. Semester an der Universität zu bleiben, sind sie vor der Bundeswehr zunächst einmal sicher. Der Widerspruch gegen einen Musterungsbescheid ist die einzige Möglichkeit, eine Einberufung zu verhindern, denn nur wenn man rechtskräftig wehrtauglich ist, darf man zur Bundeswehr einberufen werden. Es empfiehlt sich also, sich für die Musterung möglichst viele Krankheiten zuzulegen, um (vorübergehend) untauglich oder beschränkt tauglich gestellt zu werden. Wenn dies nicht klappt, kann man laufend die jeweiligen Musterungsbescheide anfechten; es gibt Wehrunwillige, die es auf acht Anfechtungen brachten, bis das Kreiswehersatzamt resignierte.

Falls jemand über zwei Jahre nicht mehr gemustert wurde, muß er vor einer Einberufung gehört (Sprich: nachgemustert) werden. Dies kann aber, wenn er schon einen Einberufungsbescheid erhalten hat, erst bei der Einstellungsmusterung erfolgen.

Es empfiehlt sich daher, den Kreiswehersatzämtern irgendwann mitzuteilen, man glaube, die Tauglichkeit habe sich geändert,

# Habilitations„ordnung“ in Abteilung VIII

Wie bleibt man immer im Gespräch? Die Reaktionen der Abteilung für Sozialwissenschaft wissen es: War es vor einiger Zeit Kestings Berufung, die massive Aktionen bei Studenten hervorrief und deutlich die Machtverhältnisse in der Abteilung VIII offenbarte, folgte dem bald die einmalige schauspielerische Leistung von Papalekas (Sein oder Nicht-Sein), als er einen Ruf nach Athen erhielt, so sind es heute drei Bereiche, die für Gesprächsstoff in der Abteilung VIII sorgen (und an alle dreien dreht Papalekas kräftigst):

1. Ausführungsbestimmungen zur neuen Diplomprüfungsordnung,
2. Abteilungssatzungskommission,
3. Habilitationen durch die Abteilung.

In der Behandlung dieser drei Bereiche durch die Mehrheit der Professoren zeigt sich deutlich, daß trotz aller andersartigen Behauptungen keiner dieser Herren bereit ist, Machtprivilegien aufzugeben — vielmehr setzen sie alles daran, ihren Einflußbereich zu stabilisieren und zu vergrößern — auch durch so „unpolitische“ Verfahren wie Habilitationen.

her habilitiert und sind noch an der RUB: Landwehrmann (Soziologie), Pankoke (Soziologie), Willms (Politische Wissenschaften) und Wülker (Soziologie) — obwohl weder die Münsterische H.O. noch die hauseigene H.O. je für den Bereich der Abteilung VIII genehmigt worden waren. Lipp steht noch in der Habilitationsprüfung — doch wenig trennt ihn von dem begehrten Titel „Privatdozent.“ Denn die reaktionären Professoren der Abteilung VIII haben es in Zusammenarbeit mit dem Rektor bisher stets geschafft, ihre Vorstellungen durchzusetzen. So auch diesmal.

Als im Juli ruchbar wurde, was bezüglich Habilitationen an der Abteilung VIII geschieht, forderte der Hauptausschuß des Universitätsparlamentes den Rektor zum Handeln auf (Rechtsgutachten, Einspruch), doch dieser blieb bis Anfang Oktober untätig. Dies bedeutete Zeitgewinn für die Abteilung VIII — doch auch ohne solche rektorale Unterstützung hätte sich die Professorenfraktion in der Lage gezeigt, den Anschlägen des UP zu entkommen: In der letzten Fakultätssitzung nämlich wurde beschlossen, weiter zu habilitieren — nach einer Ordnung, die die Rechtsgültigkeit hatte. Und dies in einer Fakultätsfraktion, deren Mitglieder sonst doch immer Sinn für Rechtsstaatlichkeit und Ordnung zeigten.

Der politische Stellenwert dieses Beschlusses ist klar: Nachdem man den Liberalen Jaeggi nach Amerika vergrault hatte, der indifferente Weber-Schäfer sich wieder seinen Ostasienswissenschaftler zuwandte, studentische Aktivitäten an der Abteilung nach Abgang von Alt- und Uraltfunktionären und Auflösung der Fachschaft verkümmerten, nach Einkehr relativer Ruhe also an dieser Abteilung, sahen Papalekas und Co. die günstige Gelegenheit, ihren Macht- und Einflußbereich endgültig zu fixieren. So waren ihnen auch die beiden letzten Habilitationsverfahren recht, die Anzahl Gleichgesinnter in der Fakultät zu erhöhen: Pankoke und Lipp sind Schüler und Adepten von Papalekas. Und wissenschaftliche Qualifikationen spielten hierbei offensichtlich keine allzu große Rolle: Über Lipps Habilitationsschrift weiß der Rezensent in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/1970 nur als einem „Sammelsurium der deutschen Kulturkritik“, „einer vorwissenschaftlichen Zitiertensammlung“ und einer „Zettelkastenarbeit“ des Verfassers, indem „Einsichten und Erkenntnisse eingesammelt werden wie Pilze“, zu berichten.

Die Richtung wird deutlich: In dem Maße, wie Sozialwissenschaft in der Bundesrepublik als Zweitfach und Nebenfachstudium propagiert und praktiziert wird, um die Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu reflektieren und zu analysieren, im Zuge der Versozialwissenschaftlichung aller Bereiche, versuchen die Ehrenmänner Papalekas und Co., ihren Einflußbereich möglichst weit auszudehnen und die Abteilung VIII ganz in ihre Hand zu bekommen. Schon jetzt steht es bei Abstim-

Wellauer's English Blend ist reich an tabakem: syrischen, türkischen, Perigien, Cavendish, eine klassische englische Mischung

**ENGLISH BLEND**

**WELLAUER**

ST. GALLEN • Deutsche Lizenz •

3.50 DM

Gratisproben-Planke Berlin 61

Habilitationen werden nach einer gewissen Ordnung vollzogen — an der Abteilung VIII bis etwa Mitte 1968 analog der Habilitationsordnung der Universität Münster, danach entsprechend einer durch die Fakultät verabschiedeten neuen H.O. — So wurden bis-

## KJVD macht Gags

Wie der Sprecher des KJVD-Unikollektivs, Ulli John, der Redaktion mitteilte, handelte es sich bei dem mit „ASTA-intern“ überschriebenen Artikel in ihrem Organ „Rotfront“ Nr. 2 in erster Linie um einen der Auflockerung dienenden „Gag.“

In diesem Artikel wird in halsbrecherischer Manier der Rücktritt des ASTA-Mitglieds J. Riesenbeck (Spartakus) auf Widersprüche zwischen DKP und Spartakus sowie noch einige andere vom KJVD analysierte Widersprüche zurückgeführt.

Abgesehen davon, daß der KJVD zugibt, daß der Artikel auf zweifelhaften Informationen basiert, muß folgendes zur Information klar gestellt werden:

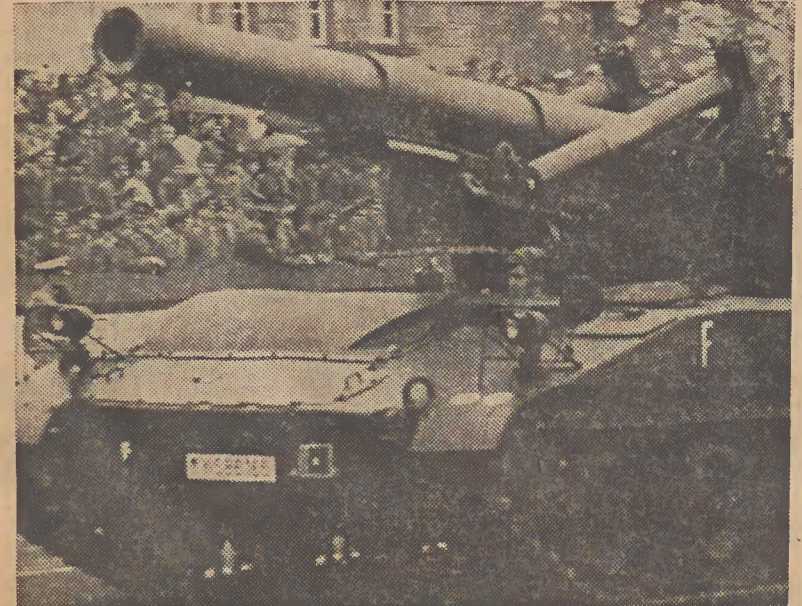
Weder ist J. Riesenbeck aus dem Spartakus ausgetreten, noch hat er seine ASTA-Funktion aus politischen Differenzen mit dem Spartakus niedergelegt. Wie er bei seinem Rücktritt mitteilte, handelte es sich ausschließlich um gesundheitliche Gründe, die ihn dazu bewogen haben.

Die Konstruktion mit den Differenzen aus Anlaß der Mietkampagne des ASTA, besonders gegenüber der DKP, brechen von selbst zusammen, wenn man weiß, daß Riesenbeck Dienstags abends zurückgetreten ist, die besagte Kampagne aber erst am Tag drauf im ASTA vorgeschlagen worden ist.

Es ist nur zu deutlich: der KJVD hat sich „auf der Suche nach Widersprüchen“ verrannt!

Seine Polemik gegen Spartakus bzw. seine Schadenfreude über Riesenbecks Rücktritt verraten, wie der KJVD auf der Grundlage wackeliger Konstruktionen sich auf letzten Endes abenteuerliche Positionen einläßt, seinen subjektiv vertretenen Anspruch marxistische Politik zu betreiben aufgibt und damit rechten Spekulationen entgegenarbeitet.

Der Spartakus hat als Nachfolger von Riesenbeck Robert Farle, 20, 5. Sem. WiWi und ehem. Mitgl. der Universitätskommission für Struktur und Finanzen, vorgeschlagen. ps



Im folgenden soll kurz dargestellt werden, welche Möglichkeiten es gibt, der Ausbildung zum Kriegsdienst in der Bundeswehr zu entkommen.

Politisch wirksamer für die Arbeit des einzelnen und für die anti-militaristische Bewegung ist es zwar, den Wehrdienst abzuleisten und dann innerhalb der Bundeswehr diese Stütze der fdgo (= freiheitlichdemokratische Grundordnung) zu zersetzen, die Wehrunwilligkeit zu schüren oder auch nur den Soldaten die Manipulation und Faszinierung durch national (bzw. christ-)demokratischen Ausbilder aufzuzeigen.

Die folgenden Ausführungen sind nicht nur gedacht für die Studenten, die sich z. Z. mit den Kreiswehersatzämtern herumschlagen, sondern für alle Leser, die jemanden kennen, der im wehrpflichtigen Alter ist und nicht den Wehrdienst ableisten will.

## Untauglichkeit, Ausschluß

Auf keinen Fall zum Wehrdienst herangezogen wird jemand, der körperlich untauglich ist, die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt oder wegen Landesverrat zu Gefängnis verurteilt ist usw.

## Zurückstellung

Wer vorübergehend untauglich ist, wird für diese Zeit vom Wehrdienst zurückgestellt. Es empfiehlt sich daher, bei der Musterung auf Grund von Attesten o. ä. vorübergehend untauglich zu werden, um ins dritte Semester zu kommen; dann kann man sich wegen des Studiums zurückstellen lassen. (s.u.) — Wer sich auf das geistliche Amt vorbereitet, kann zurückgestellt werden, wenn er die notwendigen Bescheinigungen von Universität und Landeskirchenamt o. ä. vorlegt; bei Mißbrauch kann man allerdings später mitten aus dem anderen Studium einberufen werden. — Wenn die Versorgung der Familie oder Verwandter durch die Einberufung gefährdet würde, ist

legten Zeitpunkt der geförderten Ausbildung wird der Rektor der Universität genau festlegen lassen; spätestens im Dezember wird feststehen, in welchen drei Monaten ein solcher Antrag gestellt werden muß.

Zurückstellungen werden in der Regel so befristet, daß der Wehrpflichtige noch vor dem 25. Lebensjahr einberufen werden kann.

Falls jedoch erst einmal die Zurückstellung (aus beruflichen Gründen) erreicht ist, kann man nicht mehr aus dem Studium gezogen werden. Beispiele: ein 22-jähriger Studienanfänger wird wohl nicht mehr zurückgestellt, weil er bis 25 sein Studium nicht beendet haben kann; wer mit 20 allerdings zurückgestellt wird, kann sein Studium ohne weiteres über 25 herausziehen.

## Unabkömmlichstellung

Wer als freiwilliger Helfer bei Zivilschutz, Rotem Kreuz oder Freiwilliger Feuerwehr sich für mindestens 10 Jahre verpflichtet, kann auf Vorschlag des örtlichen Zivilschutzamts vom Wehrdienst unabkömmlich gestellt werden. Für die Jahrgänge 1951 und jünger ist dies allerdings sehr schwierig geworden, weil diese Bereiche sehr überlaufen sind.

## Beschränkte Tauglichkeit

Wer beschränkt tauglich ist, kann nicht zum Grundwehrdienst, sondern höchstens „im Rahmen der Verwendbarkeit“ herangezogen werden. Das Verteidigungsministerium plant z. Z., diese Heranziehung durchzuführen; man wird dagegen allerdings etwas unternehmen können.

## Kriegsdienstverweigerung

Wer als Kriegsdienstverweigerer anerkannt ist, unterliegt nicht mehr der Wehrüberwachung, sondern

## Jetzt Ihre Skireise buchen!

Die Winterprospekte 70/71 sind da!

Steile Sachen in den Dolomiten, Wedeln im Kaukasus, Sylvester in Paris oder Prag, Nabelfrei nach Israel, verbilligte Flüge und Bahnfahrten.

## Studenten-Reisedienst Bochum

Lennershofstr. 66, Baracke 8, Telefon 51 14 57 und 3 99 39 80

**Die Schallplatte**

Bochum

Hans-Böckler-Straße 21

Großes Angebot an Pop- und Jazz-Platten

viele Sonderangebote

große Importabteilung

mungen in Fakultätssitzungen für Papalekas-Freunde und -Schüler immer mindestens 10:6. Dieser Trend ist seit langem klar, die obige Erkenntnis also nicht neu. Neu wäre es nur, wenn es gelingen würde, die inzwischen fast totale Resignation des progressiven Teils der Abteilung VIII gegenüber den Praktiken der reaktionären Minderheits-Clique zu überwinden und den endgültigen Kampf gegen Papalekas und Co. aufzunehmen. fnc0

**Reifen-Dornhardt**

Reifenfachhändler

Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb

Delta-Batterielager

Sonderpreise f. Uni-Angehörige

463 Bochum • Wittener Str. 449

Fernruf 55 03 68

gegenüber Opel-Eingang I

**B S Z**

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (R. Zimmermann-Eisel, H. Molderings, Robert Farle, M. Holzach, F. Blecher)

Redaktion: Heinrich Jost, Rainer Bender, Peter Schöttler.

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Auflage: 8000 Exemplare

Anzeigenleitung: Erich Eisel

Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 13 55 u. 399 2416.

**Kaufen Sie**

Tabak • Zeitungen

Spirituosen

Lebensmittel

Brot + Backwaren

**Trinkhalle Kotthoff**

(Mensaparkplatz)

Neu:

**Busfahrkarten aller Art.**